

# Wirtschaftsprogramm

(Entwurf von Hans-Herbert Eickholt)

February 21, 2020

## 1 Um welches systematische Problem handelt es sich?

- Das grundlegende Problem der heutigen Wirtschaftspolitik besteht in der Abhängigkeit der Wirtschaft vom bestehenden Geld- und Finanzsystem, das dadurch gekennzeichnet ist, dass Privatbanken das Geld durch Kreditvergabe aus dem Nichts schöpfen („Fiat-Money“).
- Dieses Verfahren etabliert ein Schuldgeldsystem, weil sich bei einem Kredit immer irgendjemand verschulden muss.
- Der Anteil des von den Zentralbanken geschöpften Geldes ist vernachlässigbar klein ( $< 10\%$ ). Dieses Geld- und Finanzsystem hat weitreichende Folgen für die Wirtschaft: Durch den Zins entsteht ein Zwang zu unendlichem Wachstum.
- Für die Unternehmen bedeutet dieses System einen Zwang zur Gewinnmaximierung. Daraus entsteht ein rücksichtsloser Ressourcenverbrauch verbunden mit einer Zerstörung der Umwelt.
- Am Ende ergibt sich eine zinsgetriebene Umverteilung von Fleißig nach Reich, die zu der bekannten, wachsenden Schieflage der Verteilung von Vermögen und Einkommen führt.
- Die Deregulierung des internationalen Geld- und Finanzsystems lässt eine unregelte Globalisierung wuchern, in der sich der Finanzsektor von der Realwirtschaft entkoppelt und sich zu einem „Finanzkasino“ entwickelt.
- Die wachsende weltweite Konzentration der Unternehmen und die Kartellbildung in Industrie und Handel führen zu einer wachsenden politischen Einflussnahme dieser Konzerne auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik ganzer Staaten.
- Dieses Finanz- und Wirtschaftssystem hat tiefgehende Folgen: Die Menschen werden in eine Abhängigkeit ihrer Existenz von der Erwerbsarbeit gezwungen.

- Eine rücksichtslose Globalisierung erzeugt eine wachsende Existenzangst verbunden mit Unfreiheit und Ausbeutung.
- Der Grundsatz, dass die Wirtschaft den Menschen dienen und ihre Bedürfnisse befriedigen soll, wird nicht eingehalten.

### 1.1 Was ist die Ursache des Problems?

Die Ursache des Problems ist im heutigen Geldsystem begründet, das dadurch gekennzeichnet ist, dass Privatbanken das Geld durch Kreditvergabe aus dem Nichts schöpfen („Fiat-Money“ oder auch „Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken“).

- Dieses Verfahren etabliert ein Schuldgeldsystem, weil sich bei einem Kredit immer irgendjemand verschulden muss.
- Der Anteil des von den Zentralbanken geschöpften Geldes ist vernachlässigbar klein ( $< 10\%$ ).
- Der wesentliche Faktor in diesem System ist der Zins, mit fatalen Folgen: Der Zins wird bei der Kreditvergabe und der damit verbundenen Geldschöpfung nicht mit geschöpft. Das bedeutet, dass das Geld zur Zahlung der Zinsen nicht im System existiert und daher in Höhe der Zinsen durch die Aufnahme neuer Kredite erst geschöpft werden muss!
- Für diese Kredite müssen dann aber auch wieder Zinsen gezahlt werden. Auf diese Weise kommt über den Zinseszinsseffekt die exponentiell steigende Kurve der Verschuldung zustande.
- Eine weitere fatale Folge: Die gesamten Zinsen des Systems müssen letztendlich vom Endverbraucher bezahlt werden, weil die Unternehmen ihre Kosten (Zinsen) über die Preise an die Endverbraucher weitergeben (müssen).
- Damit ist der Zins der treibende und einzige Faktor für die Umverteilung von Vermögen und Einkommen von Fleißig nach Reich.
- Noch eine fatale Folge: Aufgrund der Exponentialfunktion der Verschuldung kann die Realwirtschaft den Zins (die im System zu zahlenden Zinsen) nicht auf Dauer erwirtschaften, denn es kann kein unendliches Wachstum geben.
- Das bedeutet: Der Crash des Finanzsystems ist somit im System eingebaut!

### 1.2 Wo stehen wir heute?

Eine Situationsbeschreibung des heutigen Finanz- und Wirtschaftssystems muss folgende Symptome auflisten: Die EZB treibt mit ihrer Geldpolitik die Zinsen in den Minusbereich, alle anderen Finanzinstrumente greifen nicht mehr, das

Geldsystem ist am Ende, der Crash des Finanzsystems steht kurz bevor. In Deutschland gibt es den größten Niedriglohnsektor in der EU, durch die anstehende Digitalisierung (Industrie 4.0) drohen Massenentlassungen und in der Folge dieser beiden Faktoren droht zunehmende Altersarmut. Ausweitung der Zensurgesetze, zunehmende Auslagerung der Gesetzgebung und Rechtsprechung in private Hand.

### **1.3 Was ist das grundsätzliche Ziel der DM?**

1. Die grundsätzlichen Ziele der Deutschen Mitte sind die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen,
2. Souveränität und Subsidiaritätsprinzip, ein fairer Umgang und Respekt in allen Beziehungen zwischen Menschen, Ländern und Institutionen sowie weg von der Konfrontation hin zu weltweiter Kooperation.
3. Wirtschaft muss den Menschen dienen (Gemeinwohlökonomie), das heißt, die Wirtschaft ist für die Menschen da, und nicht umgekehrt!
4. Die Deutsche Mitte bekennt sich zu sozialer Marktwirtschaft. Sozial bedeutet für uns, dass wir für ein auskömmliches Einkommen eines jeden Bürgers sorgen wollen.
5. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet das, dass wir ein möglichst regionales Wirtschaften anstreben.
6. Der Staat muss sich auf seine hoheitlichen Aufgaben konzentrieren, wir wollen keine Privatisierung von öffentlichen Gütern.
7. Wir wollen – auch auf globaler Ebene – einen fairen und ressourcenschonenden kooperativen Handel.

- 1.4 Mit welchen Maßnahmen kann das Ziel erreicht werden?
- 1.4.1 Die erste und wichtigste Maßnahme ist die Einführung eines Vollgeldsystems. Vollgeld ist Zentralbankgeld. Durch die Einführung des Vollgeldes wird das Recht zur Geldschöpfung von den privaten Geschäftsbanken ausschließlich zur Bundesbank als Zentralbank unserer Landeswährung zurückverlagert. Die Bundesbank wird zu einer unabhängigen 4. Gewalt im Staate, der sogenannten „Monetative“, ausgebaut. Sie ist nur dem Wohle des deutschen Volkes, der Geldwertstabilität und der Überwachung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes verpflichtet (siehe „Finanzen“).
- 1.4.2 Die zweite Maßnahme besteht in der Abschaffung des Zinses. Damit werden alle fatalen Folgen des Zinses, die oben bereits dargestellt wurden (exponentiell steigende Verschuldung, zunehmende Umverteilung von Vermögen und Einkommen von Fleißig nach Reich), aus dem System genommen. Und das Finanzsystem kann nicht mehr zusammenbrechen. Die Banken werden wieder Finanzdienstleister mit einem veränderten Geschäftsmodell, das nicht mehr auf den Zins aufbaut.
- 1.4.3 Weiterhin werden wir das Wirken von Außenhandel, Globalisierung und Liberalisierung immer im Sinne des Gemeinwohls aller Beteiligten ausrichten. Wir sorgen für Fairness in den internationalen Handelsstrukturen, notfalls mit Strafzöllen, und beenden damit das globale Preisdumping. Konzernbestimmte Freihandelsverträge (TTIP, TISA, usw.) werden wir nicht akzeptieren.
- 1.4.4 Unternehmen, die sozial, ökologisch, menschenfreundlich und flexibel arbeiten, erhalten finanzielle Erleichterungen. Familienunternehmen, Genossenschaften sowie Mitarbeiterbeteiligung werden ebenso gefördert wie Solidität und Stabilität der Unternehmensfinanzen, auch durch die Bildung stiller Reserven. Wir fördern open-source-Projekte im Sinne einer kooperativen Wirtschaftsordnung sowie regionales Wirtschaften und handwerkliche Eigenproduktion.
- 1.4.5 Die Deutsche Mitte fordert eine umgehende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), welches die tatsächlichen Grundbedürfnisse der Bürger ohne Abzüge oder Anrechnung deckt. Das ermöglicht den Menschen ein Leben ohne Existenzangst, beendet die Altersarmut und reduziert die Sozialverwaltung auf den Ausgleich von Notlagen und Härtefällen. Diskussionen über Mindestlöhne werden damit überflüssig. Ein Grundeinkommen fördert gemeinnützige Arbeit und löst Existenzprobleme.
- 1.4.6 Öffentliche Aufgaben des Staates über die hoheitlichen Aufgaben hinaus sind z.B. die Versorgung mit öffentlichen Gütern und die medizinische Grundversorgung. Daher sind die erfolgten Privatisierungen in diesen Bereichen umgehend rückabzuwickeln (Krankenhäuser, Trinkwasser, Infrastruktur, usw.)

- 1.4.7 Wir sorgen für eine angemessene und faire Besteuerung von allen Firmen, die in Deutschland, bzw. der EU, Geschäfte betreiben. Dabei spielt es keine Rolle, wo sich der Firmensitz befindet (siehe „Finanzen“). Wir werden das Steuerrecht so ausgestalten, dass es dem systemischen Zweck dient und nicht ideologisch getrieben ist.
- 1.4.8 Wir fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die weltweiten Spekulationsgeschäfte im Hochfrequenzhandel und die damit verbundenen Gefahren für die Finanzmärkte und die reale Wirtschaft einzudämmen.
- 1.4.9 Die Deutsche Mitte fordert die Einführung einer Vermögenssteuer, beginnend oberhalb eines Kapitalvermögens von 10 Mio €, einem sonstigen Privatvermögen von 100 Mio € und einem Betriebsvermögen von 100 Mio € mit einem ansteigenden Steuersatz.
- 1.4.10 Alle Subventionen sind grundsätzlich zeitlich begrenzt und haben ein Verfallsdatum.
- 1.4.11 Geplante und eingebaute Produktalterung (Obsoleszenz) wird ein Straftatbestand, die Mindestgarantiefrist wird auf drei Jahre verlängert. So fördern wir Wertarbeit und den Verzicht auf Billigprodukte. Die Produkte sind lange haltbar, umweltfreundlich, praktisch und ungefährlich.
- 1.4.12 Durch Veränderung des Patent- und Markenrechts werden neue Technologien und Erfindungen gefördert und schneller in Produkte umgesetzt. Die Unterdrückung von Erfindungen aus eigensüchtigen Motiven sowie Kartellbildung werden nicht mehr geduldet und wirksam unterbunden.
- 1.4.13 Technologischer Fortschritt soll gesellschaftlich und dauerhaft nutzbar sein. Die Deutsche Mitte fordert und fördert ein für die Zukunft tragfähiges Energiekonzept unter Nutzung aller verfügbaren Energiequellen, sofern sie ressourcenschonend, dezentral, grundlastfähig und technisch beherrschbar und verantwortbar sind. Die Entwicklung alternativer Techniken wird gefördert. Energieautonomie ist gewollt und wird auf allen Ebenen gefördert (siehe „Energiepolitik“).
- 1.4.14 Wir fordern ein unzensuriertes und frei zugängliches Internet. Beibehaltung des Modells der dualen Ausbildung als Erfolgsfaktor des deutschen Mittelstands.